

Bundes Eltern Rat

Gemeinsam für beste Bildung

Vorbereitung der Tagungen des Jahres 2013

Planungstagung
15.-17.6.2012
Potsdam



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

gefördert durch das

BER



Vorsitzender:

Hans-Peter Vogeler

Geschäftsstelle:

Bernauer Straße 100
16515 Oranienburg

Kontakt:

Tel: 0 33 01 – 57 55-37
Fax: 0 33 01 – 57 55-39

info@bundeselternrat.de
www.bundeselternrat.de

Bankverbindung:

Mittelbrandenburgische Sparkasse
BLZ: 160 500 00
Kto-Nr.: 3754001212

Inhalt

1. Projektbeschreibung	3
2. Der Nationale Aktionsplan Integration	4
3. Partizipation von Eltern mit Migrationshintergrund	8
4. Namen, Zahlen, Fakten	13
5. Anhang	13

1. Projektbeschreibung

Ziel der Planungstagung ist es, Themen und Inhalt der beiden Plenartagungen und der drei Fachtagungen des Jahres 2013 festzulegen.

Integration gehört zu den großen gesellschaftlichen Themen. Sprache, Bildung und Partizipation entscheiden über den Erfolg der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Die Tagung untersucht, ob und wie ausländische Eltern in den Schulen eingebunden sind und welche Unterstützungsstrukturen es für sie gibt. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Sprachförderung.

1. Thema: Sprache

Die Bundesländer haben unterschiedliche Programme zur Sprachförderung von Kindern in der Kita und in der Grundschule. Der Erfolg solcher Programme soll untersucht werden, ebenso die Bedeutung der muttersprachlichen Erziehung für den Erwerb von Deutsch als Zweitsprache. Deutschförderung für Erwachsene – Integrationskurse und Kurse wie „Mama lernt Deutsch“ - ist ebenfalls ein Thema.

2. Thema: Partizipation

Die Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund ist in den Schulgesetzen der Länder unterschiedlich geregelt. Es soll untersucht werden, ob und in welchem Umfang Eltern mit Migrationshintergrund in die schulischen Gremien integriert sind und welche Organisationen der Elternvertretung es außerhalb der gesetzlichen Strukturen gibt. Ziel ist eine bessere Zusammenarbeit deutscher und ausländischer Elternvertretungen.

Das Ergebnis der Tagung bildet die Grundlage für die BER-Arbeit im Jahr 2013. Unabhängig davon arbeiten die Elternvertreter mit den Erkenntnissen, die sie bei der Tagung gewinnen, in ihrem Land weiter. Die Tagung wird dokumentiert.

2. Nationaler Aktionsplan Integration (NAP-I)

Vortrag von Ulrich Jahnke (Auszug aus der Präsentation)

Bevölkerung

- 2010: 81,7 Mio. Menschen in Deutschland
- Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund insgesamt 15,7 Mio (19,3 %)
- davon 7,1 Mio. Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und 8,6 Mio. mit deutscher Staatsangehörigkeit
- 5,2 Mio. Menschen ohne eigene Migrationserfahrung: Kinder und Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren wurden und nicht selbst zugewandert sind

Aufgaben der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (§ 92-94 AufenthaltsgG)

- Integration der dauerhaft ansässigen Migranten fördern, die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung der Integrationspolitik unterstützen
- Belangen der Ausländer zu einer angemessenen Berücksichtigung verhelfen
- Initiativen zur Integration bei Ländern, kommunalen Gebietskörperschaften und gesellschaftlichen Gruppen anregen und unterstützen
- mit allen zuständigen Stellen zusammenzuarbeiten

Schulabschlüsse an allgemeinbildenden Schulen, Entwicklung zwischen 2004/2005 und 2008/2009

Ohne Abschluss:	Ausländer - 34%, Deutsche - 32%
Hauptschulabschluss:	Ausländer - 6%, Deutsche - 16%
Realschulabschluss:	Ausländer + 10%, Deutsche - 4%
(Fach)Hochschulabschluss:	Ausländer + 28%, Deutsche + 24%

Migrationshintergrund

Personen mit Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt): *„alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem nach 1949 zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“*

Ausgangslage

- 2006: 1. Integrationsgipfel
Auftakt zur Erarbeitung des Nationalen Integrationsplans durch Politik und Zivilgesellschaft in 10 integrationspolitischen Themenfeldern
- 2007: 2. Integrationsgipfel
Vorstellung des Nationalen Integrationsplans mit insgesamt 400 Selbstverpflichtungen aller Akteure
- 2008: 3. Integrationsgipfel
Erster Fortschrittsbericht zum Umsetzungsstand
- 2010: 4. Integrationsgipfel
Startschuss zur Erarbeitung des Nationalen Aktionsplans Integration

Ziel des Nationalen Aktionsplans Integration (NAP-I)

- Weiterentwicklung und Konkretisierung des NAP-I
- Erhöhung der Verbindlichkeit durch
 - Koalitionsvertrag: „Entwicklung von klar definierten und zu überprüfenden Zielvorgaben“
 - Verwendung von Indikatoren zur Zielüberprüfung
 - regelmäßige Überprüfung der Zielerreichung
- Fortsetzung des Dialogprinzips:
Vertreter des Staates und zivilgesellschaftliche Akteure erarbeiten gemeinsam den NAP-I

Dialogforen zu elf Themenfeldern

1. Frühkindliche Förderung (BMFSFJ)
2. Bildung, Ausbildung, Weiterbildung (BMBF)
3. Arbeitsmarkt und Erwerbsleben (BMAS)
4. Migranten im öffentlichen Dienst (BMI, neues Themenfeld)
5. Gesundheit und Pflege (BMG, neu als eigenes Themenfeld)
6. Integration vor Ort (BMVBS)
7. Sprache - Integrationskurse (BMI)
8. Sport (BMI)
9. Bürgerschaftliches Engagement und Integration (BMFSFJ)
10. Medien und Integration (Integrationsbeauftragte)
11. Kultur (BKM)

Arbeitsstruktur

- Steuerungsrunde der Staatssekretäre auf Bundesebene
- Integrationsministerkonferenz (IntMK) als koordinierendes Gremium des Beitrags der Länder
- 11 thematische Dialogforen:
 - Verständigung auf gemeinsame Ziele
 - Einbringen von Maßnahmen aller Akteure auf der Grundlage ihrer Kompetenzen und Möglichkeiten
- Bundeskabinett und Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) als beschließende Gremien des Beitrags von Bund und Ländern zum NAP-I

Formatvorgaben zum NAP-I

- Festlegung strategischer Ziele
- Ableitung operativer Ziele mit konkreten Zielvorgaben
- Entwicklung von Maßnahmen zur Erreichung der operativen Ziele (mit Zeitrahmen, Benennung der Verantwortlichen und Instrumenten zur Umsetzung)
- Festlegung von Indikatoren als Zielüberprüfungsinstrumente

Beispiel Dialogforum 3 „Arbeitsmarkt und Erwerbsleben“

(Das Raster gilt für alle Themenfelder.)

Strategisches Ziel:

Beschäftigungs- und Erwerbschancen sowie Qualifizierung erhöhen

Operatives Ziel:

Integration von Personen mit Migrationshintergrund mit besonderem berufsbezogenen Sprachförderbedarf in den Arbeitsmarkt und in Ausbildung verbessern

Maßnahme:

Durchführung des ESF-BAMF-Programms zur berufsbezogenen Sprachförderung

Instrumente:

Richtlinien für aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) mitfinanzierte Maßnahmen zur berufsbezogenen Sprachförderung für Personen mit Migrationshintergrund im Bereich des Bundes (ESF-BAMF-Programm) vom 17.09.2009

Verantwortliche:

konzeptionell/politisch: BMAS

Umsetzung: BAMF

Zeitraumen

Bis Ende 2013

Indikatoren:

Quote der Teilnehmenden, die trotz der meist schwierigen individuellen Rahmenbedingungen in ein Arbeitsverhältnis, eine Ausbildung oder eine allgemeine Weiterbildung vermittelt werden, auf mindestens 20 % heben.

Zeitplan zur Erarbeitung des Aktionsplans

- 3.11.2010: Auftakt auf dem 4. Integrationsgipfel im Kanzleramt
- 11/10-06/11: Durchführung der Dialogforen in Federführung der zuständigen Bundesressorts
- 14.12.2011: Verabschiedung der Erklärung des Bundes zum NAP-I durch das Bundeskabinett
- 15.12.2011: Beschluss des Beitrags der Länder zum NAP-I durch die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK)
- 31.01.2012: Vorstellung auf dem 5. Integrationsgipfel im Kanzleramt
- 2013: Fortschrittsbericht

Elternarbeit ausbauen und Unterstützungspotenziale im sozialen Umfeld aktivieren (KMK) 1

- Kooperation mit Elternvereinen und Migrantenselbstorganisationen
- Kooperation von Schule und Eltern (Information und Beratung von Eltern, Unterstützung der Kinder beim Lernen, Elternmitwirkung in der Schule, Elterncafés o. ä.)
- systematische Vermittlung schulbezogener Inhalte in den Integrations- und Sprachkursen für Eltern mit Migrationshintergrund
- niedrigschwellige Informations- und Beratungsangebote, Nutzung von Medien und Informationsträgern nicht-deutscher Sprache

Elternarbeit ausbauen und Unterstützungspotenziale im sozialen Umfeld aktivieren (KMK) 2

- regelmäßige Lernentwicklungsgespräche
- Erziehungsvereinbarungen
- Schulung und Einsatz mehrsprachiger Elternbegleiter und Elternmentoren
- Mütter- und Elternkurse an Grundschulen und Kindertagesstätten

3. Partizipation von Eltern mit Migrationshintergrund

Vortrag von Niels-Christian Andersen, zusammengefasst von Ursula Walther

Skole og Forældre (SoF, www.skole-foraeldre.dk) ist die einzige gesamt-dänische Elternvereinigung für Eltern von Schulkindern. Mitglieder sind Schulvorstände, Elternverbände und Einzelpersonen. Die Elternvereinigung hat Ableger in allen Bezirken und Kommunen, die Geschäftsstelle (mit zehn Angestellten, davon sieben hauptamtliche Vollzeitkräfte) ist in Kopenhagen. Ziel von SoF ist die Unterstützung der Volksschule, also der Schule, die alle dänischen Kinder und Jugendlichen zwischen 6 und 17 Jahren besuchen, bei der Zusammenarbeit mit dem Elternhaus. Das tut die Elternvereinigung, indem sie ihren Mitgliedern Kurse, Vorträge, eine Zeitschrift, Flyer, Bücher, die Lösung von Problemen und eine zusätzlich vom Staat finanzierte Telefonhotline anbietet.

SoF hat 1500 Mitglieder (ca. 700.000 Schülereltern) und finanziert sich zu 75 Prozent durch Mitgliedsbeiträge. Jede Schule zahlt einen jährlichen Beitrag von 700 bis 900 Euro, der aus dem Schulbudget und damit vom Staat kommt. Die Mitgliedschaft ist freiwillig, von 1600 dänischen Schulen sind 1500 Mitglied.

Kontakt zwischen Eltern und Schule

Zweimal pro Jahr ist ein Gespräch zwischen Lehrer und Eltern Pflicht, nach Wunsch sind die Kinder dabei. Klassenelternabende finden zwei- bis dreimal pro Jahr statt. Gesetzlich vorgeschrieben ist der schriftliche Bildungsplan (Stand des Kindes, Ziele und Pläne) für jedes Kind, den der Lehrer einmal pro Jahr verfassen und mit den Eltern besprechen muss. Das Ergebnis ist eine Vereinbarung zwischen Eltern und Schule über die gesamte Entwicklung des Kindes. Für Nebenfächer füllen Lehrer wegen des großen Aufwands mit einem Bildungsplan oft nur Checklisten aus. Noten gibt es erst ab Ende der 8. Klasse, in den Jahren davor wird die Leistung nur im Gespräch bewertet.

Elternmitwirkung

Jede Klasse hat eine Klassenelternvertretung. Den Schulvorstand (Schoolboard = 7 Eltern, 2 Schüler, 2 Lehrer) wählen alle Eltern, den Vorsitz hat immer ein Elternteil. Die Kommune trägt alle Ausgaben für die Schule und stellt die Lehrer ein. Der Schulvorstand entscheidet über das Budget und legt die Prinzipien für alles fest, was mit der Schule zu tun hat. Die Schulleitung muss die Beschlüsse umsetzen.

Ethnische Minderheiten in Dänemark

Etwa 10 Prozent aller Kinder haben Migrationshintergrund (die Definition dafür ist dieselbe wie in Deutschland). Die größten Gruppen kommen aus der Türkei, dem Libanon, Somalia und Polen. Die meisten Migrantenkinder leben im Südosten, um Kopenhagen, Aarhus und Odense. „Black schools“ sind Schulen, bei denen mehr als 75 Prozent der Kinder Migranten sind. Wenn eine Schule mehr als 45 Prozent Migranten hat, weichen dänische Eltern auf andere Schulen aus, da sie die Schule frei wählen können (und die Fahrtkosten selbst tragen). Um das zu verhindern, steuern Kommunen gegen, schließen auch einmal eine Schule mit zu hohem Migrantenanteil und verteilen die Kinder auf umliegende Schulen.

Die Mädchen unter den Migranten sind in der Schule besser als dänische Mädchen. Migrantenjungen sind ein großes Problem. Sehr wenige besuchen nach der Gemeinschaftsschule ein Gymnasium oder eine berufliche Oberschule. Das liegt nicht zuletzt an der fehlenden Übereinstimmung zwischen der Kultur in der Familie und der Kultur in der Schule, insbesondere in Bezug auf Jungen. Ein erklärtes Ziel ist es deshalb, die Beziehung zwischen Schule und Elternhaus zu verbessern. Hier besteht Handlungsbedarf insbesondere bei der Leseförderung, denn Migranteltern wissen oft (noch) nicht, wie wichtig das Vorlesen für ihre Kinder ist (siehe OECD-Studie „PISA - Let's Read Them a Story! The Parent Factor in Education“).

Verhältnis Elternhaus-Schule

1900: Werte wie Gehorsam, Disziplin, Pflicht ... Heim und Schule sind getrennte Welten.

1950: Die Schule informiert Eltern, was sie zu Hause zu tun haben.

1970: Die Partizipation beginnt, Eltern können und müssen in der Schule mitbestimmen.

1980: Eltern sind Kunden der Schule, freie Wahl der Schule

Seit etwa 2000 wird in den Schulen über Elternverantwortung diskutiert, auch über das Verhalten der Kinder in der Schule. Ähnlich wie in Deutschland heißt es, Eltern erziehen ihre Kinder nicht mehr. Probleme entstehen vor allem dort, wo sich die Erwartungen der Eltern von denen der Schule unterscheiden. Das ist öfter bei Migranteltern der Fall, deren Einstellung oft noch der dänischen Sichtweise von 1900 entspricht.

Die Erwartungen sind meist implizit und werden deshalb nicht erkannt. Der einzelne Lehrer hat die Aufgabe, mit einzelnen Eltern zu kooperieren. Diese Kooperation ist kein Teil der Lehrerbildung, es gibt keine schriftlichen Regeln. Wer mit den ungeschriebenen Regeln aufgewachsen ist, kennt sie. Migranten kennen sie nicht.

Bildungschancen für Migrantenkinder

Lehrer denken, Migrantenkinder seien wegen ihres kulturellen Hintergrunds benachteiligt, also weil sie zu wenig über die dänische Gesellschaft wissen. Das größte Problem ist jedoch die Sprache. Wer die Sprache des Landes, in der er lebt, nur eingeschränkt spricht, hat nur einen eingeschränkten Zugang zu dieser Gesellschaft. Sprache ist nicht unabhängig, sondern immer mit Handlung verknüpft. Nach den Metastudien von Nordahl/Desforges entscheidet nicht der Bildungshintergrund. Entscheidend ist also nicht, was Eltern wissen und können, sondern was sie tun. Vorlesen können auch Migranten, ebenso mit dem Kind reden, ins Theater gehen. Solche Aufgaben können auch Großeltern und der Freundeskreis übernehmen. Migrantenfamilien haben zudem häufig den Vorteil einer stabilen Familienstruktur und auf jeden Fall eine weitere Ressource: die zweite Sprache.

Skepsis bei Migranteneltern

Probleme gibt es auch in Dänemark: Eltern kommen nicht in die Schule, sprechen nicht Dänisch, erziehen ihre Kinder falsch. Zum Teil wissen sie gar nicht, dass von ihnen Teilnahme erwartet wird, zum Teil interessieren sie sich nicht für die Veranstaltungen in der Schule. Sie fühlen sich nicht als Teil der Gruppe, weil kaum jemand sich um sie kümmert, weil kaum jemand sie ernst nimmt. Migranteneltern sind sehr besorgt um den Schulerfolg ihrer Kinder und glauben oft nicht, dass die Schule diesen Erfolg gewährleistet.

Projekte für die Kooperation mit Migranteneltern

- Das EU-Projekt „Good intercultural dialog“ (www.good-id-in-schools.eu) ist ein Trainingsprogramm für Lehrer, Eltern und Schüler und ein Lehrerbildungsprojekt.
- Das dänische Projekt FOR-DI (www.for-di.dk) lief in Kooperation mit der Elternvereinigung SoF drei Jahre lang an neun Schulen.
- Das Projekt „Parents as a Ressource“ läuft derzeit an zwei Schulen.
- Das Projekt Elternnetz (www.foraeldrenettet.dk) knüpft ein Netz zwischen dänischen Eltern und Migranteneltern.

Was FOR-DI gezeigt hat

Eltern müssen genau wissen, wie es an der Schule ihrer Kinder zugeht. Lehrer müssen den Eltern deshalb zeigen, wie Unterricht stattfindet (Mitmachunterricht),

erklären allein genügt nicht. Beim Elternabend können Kinder den Eltern vormachen, wie sie den Unterricht erleben. Eltern und Schule müssen dieselbe Vorstellung davon haben, welche Ziele (auch nicht akademische!) das Lernen in dieser Schule hat. Die Schule muss ihre Erwartungen an die Eltern unmissverständlich formulieren.

Bei allen Gesprächen der Schule mit den Eltern gilt die 80-Prozent-Regel: Eltern dürfen 80 Prozent der Zeit sprechen, Lehrer 20 Prozent.

Migranteltern lassen sich in die Schule locken,

- wenn Kinder etwas präsentieren (Theater usw.)
- wenn Eltern die eigenen Schulerlebnisse beim Elternabend anderen Eltern als Theaterstück vorspielen (Übersetzer sind nötig)
- wenn die Kleinkindbetreuung organisiert ist
- wenn sich Gespräche zwischen Lehrer und Eltern auf das Lernen des einzelnen Kindes konzentrieren, nicht auf die Aufgaben für die Eltern
- wenn sie aktiv eingebunden werden.

Organisatorisches

- die Sitzordnung beim Elternabend vorschreiben, damit Migranteltern mitten drin sitzen
- auch Kinder in der Klasse gezielt mischen
- Kindergarteneltern sollen von den Schullehrern angeworben werden, damit sie ihre Kinder an der kommunalen Schule anmelden

Langfristige Ziele

- Lehrer müssen die Ergebnisse der Bildungsforschung kennen
- Lehrer müssen Unterstützung erhalten
- Lehrer müssen als Multiplikatoren fungieren
- das Projekt muss als eines der ganze Schule begriffen werden, nicht nur als Projekt der beteiligten Lehrer
- auch Eltern müssen zur Veränderung bereit sein

Parents as a Ressource

Bei diesem Projekt werden Eltern in den Unterricht(splan) eingebunden. Geht es in der Schule zum Beispiel um Ernährung, müssen sie mit ihren Kindern über das Essen sprechen, woraus es besteht und wo es herkommt. Den möglichen Inhalt solcher Gespräche erklärt der Lehrer für jedes neue Thema in einem Brief, im Zweifelsfall in der Muttersprache der Migranten, auf jeden Fall aber sehr einfach, mit Bildern und ganz kurzen Texten.

Bei diesem Projekt geht es weniger um die Eltern als um die Lehrer. Sie sollen verstehen, wie Kinder lernen: Zuerst kommt die praktische Erfahrung, dann die aka-

demische Abstraktion in der Schule. Kinder stellen die Verbindung zwischen beiden Ebenen in einem persönlichen Gespräch her. Das gelingt am besten im privaten Bereich.

Migranteneltern beteiligen

Zehn Prozent der Eltern in FoS sind Migranten. Aktiv sind immer die gebildeten Eltern. Migranteltern sind seltener vertreten, denn sie kommen häufiger aus bildungsfernen Schichten. Es sind gezielte Anstrengungen nötig, um Migranteltern für die Mitarbeit in der Schule zu gewinnen.

FoS empfiehlt:

- Eltern-Lehrer-Workshops zum Schuljahresbeginn zur Vorbereitung von Elternabenden
- mögliche Themen für Elternabende: Bettgehzeiten, Hausaufgaben, Mobbing
- Eltern und Lehrer müssen sich auf Themen einigen

4. Namen, Zahlen, Fakten

Ort: Potsdam, Seminaris SeeHotel

Zeit: Freitag 15.6.2012, 16:15 Uhr, bis Sonntag 17.6.2012, 12 Uhr

Leitung der Tagung:

Hans-Peter Vogeler, Vorsitzender des Bundeselternrats

Joachim Klesen, Stellvertretender Vorsitzender des Bundeselternrats

Protokoll: Ursula Walther, Stellvertretende Vorsitzende des Bundeselternrats

Teilnehmer:

22 Elternvertreterinnen und Elternvertreter aus 12 Bundesländern

Referenten:

- Dr. Ulrich Jahnke, Leiter des Querschnittsreferats Bildung-Medien-Forschung im Arbeitsstab der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration
- Niels-Christian Andersen, Direktor der dänischen Elternvereinigung "Skole og Forældre"

Dokumentation:

Diese Dokumentation wurde als PDF an alle Mitglieder geschickt und steht im internen Teil der BER-Website zum Herunterladen bereit. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung erhält die Dokumentation in vierfacher Ausfertigung.

Finanzierung:

Die Tagung wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Redaktion der Dokumentation:

Ursula Walther, stellvertretende Vorsitzende des Bundeselternrats

5. Anhang

Die folgenden Dateien finden Sie aus Platzgründen nur im internen Teil der BER-Website. Sie können sie auch als PDF in der Geschäftsstelle anfordern.

Vorträge als Präsentation